

## Nachrichten

### Anklage gegen mutmaßliche syrische Agentenführer

AP **München** - Generalbundesanwalt Kay Nehm hat gegen den Kulturreferenten an der syrischen Botschaft in Bonn und einen weiteren Syrer Anklage wegen Spionage beim Koblenzer Oberlandesgericht erhoben. Das bestätigte die Sprecherin des Generalbundesanwalts, Frauke-Katrin Scheuten, dem Nachrichtenmagazin «Focus».

Nach dessen Bericht hat die Bundesanwaltschaft Beweise dafür, dass der 49-jährige Kulturreferent Ahmad I. sowie Ahmad Al-Y. zahlreiche Oppositionelle in Deutschland bespitzelt und unter Druck als Agenten angeworben hätten. In mehreren Fällen seien sie mit angedrohten Repressalien gegen Verwandte in Syrien zur Zusammenarbeit gezwungen worden. In vier Fällen seien von Ahmad I. denunzierte Dissidenten nach der Einreise in Syrien verhaftet worden. Eines der Opfer sei in Einzelhaft unter Folter zur Kooperation mit dem syrischen Geheimdienst gezwungen.

«Focus» berichtete, Generalbundesanwalt Nehm habe sich gegen die Bundesregierung durchgesetzt, die das Spionageverfahren aus übergeordneten nationalen Interessen unterbinden wollte. Das Verfahren hätte eigentlich nach Paragraph 153d der Strafprozessordnung eingestellt werden sollen, weil die Bundesregierung befürchtet habe, ein Prozess könne die außenpolitischen Beziehungen zu Syrien belasten. Der Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Hansjörg Geiger, habe aber eingesehen, dass auf Grund der Schwere der Vorwürfe ein Prozess gegen die beiden mutmaßlichen Agentenführer unabwendbar sei.

### Auszeichnung für Sekten-Aufklärer

dpa **Leipzig** - Der Franzose Alain Vivien wird heute mit dem Leipziger Menschenrechtspreis ausgezeichnet. Die Laudatio wird der bayerische Innenminister Beckstein halten, wie die Veranstalter mitteilten. Vivien erarbeitete 1993 den ersten französischen Enquete-Bericht zu Sekten und totalitären Organisationen und ist seit 1998 Präsident der Interministeriellen Mission im Kampf gegen Sekten beim französischen Premierminister.

### Schröder fordert europäisches Bündnis gegen Rassismus

rtr **Berlin** - Bundeskanzler Gerhard Schröder hat die europäischen Regierungen zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Rassismus und Intoleranz aufgefordert. Schröder sagte in einem Interview der britischen Zeitung «The Guardian», in Frankreich und womöglich auch in den Niederlanden sei die Rechte stärker geworden, weil der Eindruck entstanden sei, dass die Politik das Problem der internationalen Sicherheit und des Schutzes der Bürger nicht ausreichend behandle. Offensichtlich bezog sich Schröder damit auf den Wahlerfolg des französischen Rechtsextremisten Jean-Marie Le Pen in der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen und den Vormarsch der Partei des in dieser Woche ermordeten Rechtspopulisten Pim Fortuyn in den Niederlanden.

Mit Blick auf sein geplantes Treffen mit dem britischen Premierminister Tony Blair heute Abend in Berlin sagte Schröder, Blair vertrete zu Recht die Position, dass Sicherheit ein Bürgerrecht sei. Dies sei auch die Haltung der Bundesregierung.

Eine Mitschuld am Erfolg der Rechten in Europa gab Schröder auch der Europäischen Kommission in Brüssel. Vor allem Entscheidungen, die die Wirtschaft und damit die Befindlichkeit der Bevölkerung beträfen, sollten besser vermittelt werden.